

## Zufriedenheit mit Leistungskatalog der Grundversicherung

Die Mehrheit der Schweizer ist laut einer Umfrage des Internet-Vergleichsdienstes Comparis mit den Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung zufrieden. Nur für 17 Prozent der Befragten reichen die Leistungen der Grundversicherung nicht aus. 75 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen empfinden die Leistungen als ausreichend. 27 Prozent der 1000 befragten Personen gaben an, eine private oder halbprivate Spitalzusatzversicherung abgeschlossen zu haben. Häufigste Gründe für den Abschluss einer Zusatzversicherung sind die freie Arzt- oder Spitalwahl oder mehr «Luxus» wie individuelle Weckzeiten oder Essen nach Wunsch. Am häufigsten verzichten die Schweizer auf eine Zusatzversicherung, weil das Geld fehlt. Der Anteil der Personen mit einer Zusatzversicherung ist dort geringer, wo die Prämien für die Grundversicherung schon relativ hoch sind – vor allem in der teuren Westschweiz. In den fünf Deutschweizer Kantonen mit den günstigsten Prämien (AI, AR, OW, NW und UR) verzichtet dagegen kein einziger der Befragten auf eine Spitalzusatzversicherung. Aus der Umfrage über die Spitalzusatzversicherung ging zudem hervor, dass in den Augen der Hälfte der Befragten bereits eine Zweiklassenmedizin existiert. Ein weiteres Viertel glaubt, dass nicht mehr alle Patienten Zugang zu den besten Behandlungsmethoden und Therapien erhalten. Laut Comparis ist der Blick in die Zukunft sogar noch düsterer. Sechs von zehn Befragten erwarten in den nächsten Jahren einen «radikalen» Abbau von Leistungen in der Grundversicherung. Ein Viertel ist jedenfalls der Meinung, dass Kürzungen von Leistungen in der Grundversicherung durchaus möglich sind.

(sda)

## Appell des Ärztetages: Psychisch Kranke nicht diskriminieren

Der 109. Deutsche Ärztetag in Magdeburg hat sich für eine Stärkung der ärztlichen Psychotherapie und gegen Stigmatisierung psychisch Kranker ausgesprochen. Insbesondere der Prävention, Erkennung, Behandlung und Rehabilitation psychischer und psychosomatischer Behandlungen komme in allen Sektoren ärztlichen Handelns eine herausragende Bedeutung zu. Arbeitgeber, Versicherungen,

Vermieter und Medien wurden zum Abbau von Vorurteilen gegen psychisch Kranke aufgefordert. An die politisch Verantwortlichen richtete der Ärztetag den Appell, die Gleichstellung und Gleichbehandlung psychisch Kranker in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu gewährleisten. «Trotz einer guten Heilbarkeit von psychischen Krankheiten sind die von ihnen direkt betroffenen Kinder und Erwachsenen, ihre Angehörigen und die in der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung Beschäftigten subtilen und offensichtlichen Stigmatisierungen und Diskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen ausgesetzt», kritisierte der Ärztetag. Aus Scham würden viele Patientinnen und Patienten wegen einer psychischen Erkrankung daher zu spät oder gar keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. «Die Häufigkeit psychischer Erkrankungen wird unterschätzt, da die Behandlung oft im verborgenen oder überhaupt nicht stattfindet», erklärte Prof. Dr. Norman Sartorius, Wissenschaftlicher Direktor des Weltprogramms gegen Stigma und Diskriminierung der World Psychiatric Association in Genf. «Psychische und psychosomatische Erkrankungen sind zu einem zentralen Problem des Gesundheitswesens geworden. Weltweit – so auch in Deutschland – ist eine starke Zunahme psychischer und psychosomatischer Erkrankungen zu verzeichnen», konstatierte Dr. Astrid Bühren, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer. Deshalb sei es an der Zeit, die Lebens- und Behandlungssituation von psychisch Kranken und ihren Familien entscheidend zu verbessern. Psychosoziale Kompetenzen seien schon immer integraler Bestandteil ärztlicher Psychotherapie gewesen. Ziel müsse es sein, abgestuft auf allen Behandlungsebenen, z. B. neben der psychosomatischen Grundversorgung weiterhin die fachgebundene Psychotherapie bedarfsgerecht in allgemein- und fachärztliche Behandlungskonzepte einzubeziehen. Psychische Störungen sind in Deutschland mittlerweile die häufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit und für Frühberentungen. Die direkten Kosten für die Behandlung von Depressionen werden auf etwa vier Milliarden Euro jährlich geschätzt. Schon jetzt gehören bei den 14- bis 44-jährigen psychische Störungen wie Depression, Alkoholsucht und Schizophrenie zu den fünf häufigsten Erkrankungen. Der Deutsche Ärztetag forderte deshalb die Bundesregierung auf, keine weiteren Spargesetze in der psychotherapeutischen Versorgung vorzunehmen, und die privaten Krankenversicherungen sind aufgefordert, keine «Mindeststandards» zu definieren, indem sie die Anzahl

ambulanter psychotherapeutischer Sitzungen in ihren Tarifbestimmungen begrenzen, ohne den tatsächlichen Behandlungsbedarf der Patientinnen und Patienten zu berücksichtigen. Dies gelte insbesondere auch für Alkoholerkrankungen. «Die Delegierten des 109. Deutschen Ärztetages fordern, dass die Diskriminierung psychisch kranker Menschen durch die privaten Krankenversicherer beendet und statt dessen die Aufnahme in die Versicherung ermöglicht wird», hiess es in dem Beschluss des Ärztetages.

(Bundesärztekammer)

## Traitements hospitaliers hors du canton de domicile

Le nombre d'hospitalisations s'est élevé à 1,2 million en 2004; leur durée a atteint 11,4 jours en moyenne. La durée moyenne d'hospitalisation croît régulièrement à partir de 60 ans, pour atteindre 15,7 jours chez les plus de 75 ans. Dans le domaine des soins aigus, 15% des cas traités en intra-muros le sont dans un autre canton; cette part varie de 3,5 à 53% selon le canton.

Les 200 hôpitaux de soins aigus ont effectué quelque 1,05 million de traitements intra-muros. En moyenne, 15% des cas traités concernaient des patients venus d'autres cantons. Près d'un tiers des personnes hospitalisées domiciliées dans les cantons de Bâle-Campagne, d'Appenzell Rhodes-Extérieures, de Schwytz, de Soleure et de Nidwald l'ont été dans un autre canton. Cette part était encore plus élevée pour les cantons d'Obwald et d'Appenzell Rhodes-Intérieures. La part des patients hospitalisés à l'extérieur du canton était la plus faible (de 3,5 à 5,4%) au Tessin ainsi que dans quatre des cinq cantons comptant un hôpital universitaire (BE, GE, VD, ZH). Pour 23 cantons, les cas traités hors du canton ont coûté davantage ou présenté un degré de gravité supérieur à ceux traités dans le canton même. Les traitements extra-cantonaux n'ont porté sur des cas de moindre gravité que pour les patients venus de Zurich, de Berne et de Bâle-Ville. Les deux autres cantons dotés d'un hôpital universitaire (Vaud et Genève) échangent des cas relativement graves, ce qui atteste d'une certaine spécialisation des hôpitaux de ces deux cantons.

(Communiqué selon l'Office fédéral de la statistique)